

Deutschland zwingt ganz Europa zum Pakt mit Russland

Welt, 05.01.2022, Clemens Wergin

<https://www.welt.de/politik/ausland/plus236036780/Taxonomie-Deutschland-zwingt-ganz-Europa-zum-Pakt-mit-Russland.html>

Die Bundesregierung zeigt sich empört über die Einstufung der Atomkraft als grüne Energie. Aber sie leugnet, dass die eigentliche Gefahr von einer zweiten Entscheidung ausgeht. Auf diese hatte Deutschland gar selbst gedrungen – und ganz Europa einer großen Gefahr ausgesetzt.

Die Absicht der EU-Kommission, Atomkraft als klimafreundliche Energieform einzustufen, hat heftige Reaktionen aus der deutschen Regierungskoalition hervorgerufen. Wirtschafts- und Klimaminister Robert Habeck sprach am Samstag empört vom Versuch, die Atomkraft „grünzuwaschen“.

Regierungssprecher Steffen Hebestreit machte am Montag die klare Ansage: „Die Einschätzungen zur Atomkraft lehnen wir ausdrücklich ab“. Zugleich begrüßte er jedoch die Vorschläge der EU-Kommission, Gas unter bestimmten Bedingungen ebenfalls als nachhaltigen Energieträger einzustufen. Damit befinde sie sich „im Einklang mit der Position der Bundesregierung“.

Diese Bewertung der Bundesregierung ist schwer nachzuvollziehen. Schließlich ist die Atomkraft, anders als das von Deutschland favorisierte Gas, tatsächlich eine klimaneutrale Energieform. Zumal die von Deutschland gewünschte Bevorzugung von Gas auch geopolitisch keinen Sinn ergibt, weil Gas als Brückentechnologie Europa und allen voran Deutschland in noch größere Abhängigkeit von Russland bringen würde. Das dürfte angesichts der derzeitigen russischen Aggressionspolitik keine gute Idee sein.

Die Entscheidung der EU-Kommission, auch Gas als Brückentechnologie zu fördern, erscheint deshalb sowohl klimapolitisch als auch geopolitisch viel problematischer als die von der deutschen Regierung kritisierte Entscheidung der EU für die Atomkraft.

„Die Aufregung in Deutschland ist gekünstelt“, meint auch Umweltexperte Ralf Fücks im Gespräch mit WELT. Schließlich hätten alle, einschließlich EU-Kommission, gewusst, dass ein Klima-Kompromiss auf europäischer Ebene nur möglich ist, wenn beide konkurrierenden Wege zur Klimawende berücksichtigt würden. Da ist der deutsche Sonderweg über Gas als mittelfristigen Ersatz für Kohle und Atom auf der einen Seite und der besonders von den Franzosen favorisierte Weg, Klimaneutralität mit einer kräftigen Infusion von Atomstrom zu erreichen, auf der anderen.

„Die Energiepolitik war bisher geopolitisch blind“, sagt Fücks, der lange Jahre die grünen-nahe Böll-Stiftung geleitet hat und nun Geschäftsführer des Zentrums Liberale Moderne ist. In der Gazprom-Zentrale hätten jedenfalls an Neujahr „die Krimsektorkorken geknallt“, weil Deutschland sich mit der Stilllegung von drei weiteren Kernkraftwerken in der Silvesternacht noch weiter in Abhängigkeit von russischen Energielieferungen gebebe.

Mit der EU-Taxonomie-Entscheidung, auch Gas als klimafreundliche Brückentechnologie zu fördern, bekommt die deutsche Geistesabwesenheit, was die

geopolitischen Folgen der deutschen Energiewende anbelangt, nun quasi einen europäischen Ritterschlag.

Die Abhängigkeit von Russland

Durch den Ausstieg aus der Atomkraft und dem Kohlestrom, aber auch, weil industrielle Prozesse etwa in der Stahl- und Chemieindustrie auf Strom umgestellt werden müssten, benötige Deutschland für den Zeitraum zwischen 2030 und 2035 einen Zuwachs von 20 bis 40 Gigawatt an Strom aus Gaskraftwerken, um die Grundlast sicherzustellen, sagt Fücks. Und das bringt das größte Land der EU in noch größere Abhängigkeit von Moskau.

Die Beteuerungen, die neuen Gasanlagen würden auf den Umstieg auf Wasserstoff vorbereitet, sei eine Selbstberuhigung. „Es wird immer gesagt, die neuen Gasanlagen müssen Wasserstoff-ready sein, es wird aber bis in die 30er-Jahre dauern, bis solche enormen Mengen an Wasserstoff überhaupt bereitgestellt werden können“, so Fücks.

Tatsächlich wird immer deutlicher, dass der Atomausstieg Deutschland zu einem Pakt mit Russland zwingt, der die geopolitischen Interessen Europas und besonders der östlichen Partner beschädigt. Dafür steht sowohl die von der EU-Kommission als auch von den USA heftig kritisierte Gaspipeline Nord Stream 2 wie kein anderes Energieprojekt.

Wenn deutsche Regierungspolitiker nun die EU-Entscheidung für Atomstrom kritisieren, suggerieren sie damit, dass auch andere EU-Staaten dem deutschen Sonderweg folgen und mittelfristig von Kernkraft auf Gas umsteigen sollten – was ganz Europa und nicht allein Deutschland in eine gefährliche Abhängigkeit von russischen Energielieferungen bringen würde.

Dabei ist nicht einmal klar, ob das Gas aus Russland die klimapolitischen Grenzwerte einhält, die nun von der EU formuliert werden und wonach die Gasverstromung nur 270 Gramm CO₂ pro Kilowatt an Strom abgeben darf. Tatsächlich habe Deutschland nie eine ernsthafte Klimabilanz für das aus Russland gelieferte Gas angestellt, sagt Fücks. „Man hat einfach nur Kalkulationen von Gazprom übernommen“, sagt der Umweltexperte. Problematisch seien neben der Methan-Bilanz des russischen Gases auch die langen Transportwege bis zum Einspeisen in die Pipeline und die zahlreichen Lecks.

Tatsächlich laufen gerade die Grünen Gefahr, unglaublich zu werden, weil die Regierung, an der sie beteiligt sind, nicht nur die geopolitischen Folgen der deutschen Gaspräferenz für Europa ignoriert, sondern auch die Klima-Kosten des russischen Gases unter den Tisch fallen lässt, wenn Berlin nun auf EU-Ebene Gas als Brückentechnologie durchdrückt und gleichzeitig die Atomkraft verdammt. Umweltministerin Steffi Lemke (Grüne) jedenfalls meldet schon Zweifel an, ob es vernünftig ist, wenn der deutsche Sonderweg beim Gas von der EU-Taxonomie-Liste aufgewertet wird.

Die Grünen sitzen in der Klemme zwischen den eigenen Prinzipien

„Ich bleibe bei meiner Einschätzung bei Erdgas, dass es fragwürdig ist und aus meiner Sicht nicht notwendig ist, darauf ein Nachhaltigkeitslabel zu kleben, weil wir

wissen, dass wir perspektivisch auf Erdgas bis auf ganz wenige Anwendungen komplett verzichten müssen, um die Pariser Klimaschutzziele einzuhalten“, sagte sie gegenüber dem TV-Sender „Phoenix“. Ganz so, als sei die steigende deutsche Abhängigkeit vom Gas nicht die direkte Folge des deutschen Atomausstiegs.

Noch problematischer aus sicherheitspolitischer Sicht ist jedoch, dass der Brüsseler Formelkompromiss für Gas und Atomkraft ohne jegliche außenpolitische Risikoeinschätzung erfolgt ist, was angesichts der russischen Drohgebärden an der Ostflanke der EU schon ein erstaunliches Maß an Realitätsverweigerung darstellt. „Wir brauchen dringend eine gemeinsame europäische Energieaußenpolitik, die die Abhängigkeit von russischem Erdgas verringert“, fordert Experte Fücks. Die Taxonomie-Entscheidung der EU-Kommission für Gas geht jedoch in genau die entgegengesetzte Richtung.